

NDR Info Das Forum

22.02.2020 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

23.02.2020 /12.30-13.00 Uhr

Andreas Flocken

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Libyen-Konflikt – Testfall für EU-Außen- und Sicherheitspolitik
- Militär-Großübung Defender Europe 2020 – Provokation oder Demonstration zur Stärkung der Abschreckung?
- Bundeswehr Berater-Affäre – Untersuchungsausschuss auf der Zielgeraden
- Neues Kampfflugzeug gesucht – Tauziehen um Tornado-Nachfolger

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Bei uns geht es heute u.a. um diese Themen:

- Militär-Großübung Defender Europe 2020 – Provokation oder Demonstration zur Stärkung der Abschreckung?
- Bundeswehr Berater-Affäre – Untersuchungsausschuss auf der Zielgeraden. Und:
- Neues Kampfflugzeug gesucht – Tauziehen um Tornado-Nachfolger

Zunächst jedoch zum Libyen-Konflikt. Anders als im Syrien-Krieg will die Europäische Union diesmal nicht abseitsstehen. Deutschland hat im vergangenen Monat mit der Libyen-Konferenz einen Prozess angestoßen, der das Land befrieden soll. Der Konflikt ist daher ein Testfall für die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Europäer. Als erster Schritt soll versucht werden, das schon vor Jahren verhängte Waffenembargo durchzusetzen. Denn der Bürgerkrieg wird durch ausländische Waffenlieferungen an General Haftar und seinen Kontrahenten, Regierungschef Al-Sarradsch, weiter befeuert. Durch einen Stopp

der Rüstungslieferungen sollen die Kämpfe zum Erliegen kommen, die Kriegsakteure realisieren, dass es in diesem Konflikt keine militärische Lösung gibt – so zumindest der Plan. Außenminister Heiko Maas:

O-Ton Maas

„Wichtig wird sein, Transparenz herzustellen und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die noch weiterhin die Absicht haben, dieses Embargo zu brechen, davon ausgehen müssen, dass sie dabei nicht unerkannt davonkommen.“

Haftar wird in erster Linie von Ägypten, Russland und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt, Al-Sarradsch unter anderem von der Türkei. Haftar bekommt Waffen und Munition vor allem über den Luft- und Landweg, sein Gegenspieler überwiegend auf dem Seeweg. Eine Überwachung des Embargos ist überfällig. Darin waren sich die EU-Außenminister Anfang dieser Woche einig. Die Überwachungsmission wird allerdings auf Kosten der Marine-Operation Sophia gehen. Diese wird nämlich beendet, bekräftigte Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg:

O-Ton Schallenberg

„Punkt 2: Es gibt einen Grundkonsens, dass wir jetzt eine militärische Mission wollen und keine humanitäre Mission. Und diese Mission hat einen Fokus Waffenembargo. Punkt 3: Fokus ist auf Luftüberwachung zuerst einmal. Punkt 4: Maritime Elemente kommen nur zum Einsatz außerhalb des bisherigen Einsatzbereiches - sprich im Osten von Libyen oder noch weiter östlich. Und zweitens, wenn man einen Pull-Faktor feststellt, d.h. die Schlepper die Situation wieder ausnützen – in dem Moment werden die maritimen Elemente abgezogen.“

Die EU ist also bemüht, mit der Überwachung des Waffenembargos die Voraussetzungen für ein Ende des Libyen-Konfliktes zu schaffen. Dies wäre aber nur ein Anfang. Rückschläge sind programmiert. So hat die Übergangsregierung in Tripolis die in dieser Woche geplanten Genfer Gespräche über einen Waffenstillstand ausgesetzt. Der Grund: Ein Angriff auf ein Schiff mit Flüssiggas.

Um eine Eindämmung bzw. Beilegung des Libyen-Konfliktes zu erreichen, ist ein langer Atem notwendig. Es muss sich erst noch zeigen, ob die Europäer diese Ausdauer und Einigkeit haben. Nichtstun wie im Syrien-Krieg ist allerdings keine Option.

Zu unserem nächsten Thema.

Während der Ost-West-Konfrontation haben die USA regelmäßig die Verlegung von Truppen nach Deutschland geübt. Tausende von Soldaten wurden bei diesen sogenannten REFORGER-Übungen als Verstärkung über den Atlantik nach Europa geflogen. Die Abkürzung REFORGER stand damals für „Return Forces to Germany“. Sie waren zugleich eine Demonstration der Stärke und Entschlossenheit der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt, der damals bei den konventionellen Streitkräften dem westlichen Bündnis deutlich überlegen war.

Inzwischen hat sich viel verändert. Die östliche Militär-Organisation gibt es nicht mehr und auch die UdSSR hat sich aufgelöst. Die ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken sind inzwischen NATO-Mitglieder, genauso wie andere frühere Warschauer-Pakt-Staaten.

Seit der Krim-Annexion ist Russland für den Westen kein Partner mehr. Immer öfter kommt es zu wechselseitigen militärischen Drohgebärden. Um ihre Beistandspflicht zu bekräftigen, haben die USA jetzt erstmals seit Jahren wieder eine große Verlegeübung gestartet. Für die einen ist dieses Großmanöver eine Provokation, für andere ein Beitrag, um die Abschreckung glaubwürdiger zu machen. Einzelheiten von Jerry Sommer:

Manuskript Jerry Sommer

Seit Wochen läuft das US-Militärmanöver Defender Europe 2020. Tausende von Containern sowie Panzer und anderes Militärgerät sind unterwegs von den USA nach Europa. 20.000 US-Soldaten – eine ganze Division – werden eingeflogen. Deutschland ist die zentrale Drehscheibe der Übung. Durch das Bundesgebiet werden die US-Einheiten mit ihrem in Europa in Empfang genommenem Großgerät über die Straße oder per Bahntransport nach Polen und ins Baltikum verlegt. Zum ersten Mal seit über 25 Jahren soll der Transport einer kompletten US-Division in die osteuropäischen NATO-Staaten geübt werden. Davon verspricht man sich auch Erkenntnisse darüber, ob die Infrastruktur für die Verlegung von NATO-Großverbänden in den europäischen Staaten geeig-

net ist oder verbessert werden kann, meint der Sicherheitsexperte Christian Mölling von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ in Berlin:

O-Ton Mölling

„Schaffen wir es, die relativ zügig zu transportieren? Klappt auch die gesamte Kommandostruktur, die Logistik dahinter? Ist der Treibstoff da? All die Kleinigkeiten, die nachher ausmachen, ob man in der Lage ist, den Transport und damit auch die militärische Schlagkraft herzustellen. Das soll tatsächlich das erste Mal wieder getestet werden.“

Zusätzlich werden 9.000 in Deutschland stationierte US-Soldaten und circa 8.000 Soldaten anderer NATO-Partner an ebenfalls geplanten Militärübungen in Deutschland, Polen und im Baltikum teilnehmen. Der Hintergrund: Vor allem die mittelosteuropäischen Länder fühlen sich seit der russischen Annexion der Krim und Moskaus Vorgehen in der Ost-Ukraine bedroht. Christian Mölling von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“:

O-Ton Mölling

„Es geht insgesamt darum, Russland zu zeigen, dass man im Falle eines Falles bereit und in der Lage ist, Nordosteuropa zu schützen. Denn das ist zurzeit eine der wesentlichen Achillesfersen der NATO. Wir wissen, dass wir mit den wenigen Verbänden, die wir da oben haben, nicht lange durchhalten können. Das heißt, es wird alles darauf ankommen, die Durchhaltefähigkeit zu erhöhen, indem man tatsächlich Verstärkung schicken kann.“

Allerdings ist die zugrundeliegende Annahme höchst umstritten, Russland könnte einen oder zugleich mehrere baltische NATO-Staaten angreifen. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat zum Beispiel, hält solche Befürchtungen für – Zitat – „völlig absurd, einseitig, unvollständig und einer rationalen Überprüfung nicht standhaltend“.

Wolfgang Richter, Oberst a.D. der Bundeswehr und Sicherheitsexperte der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“, sieht keinerlei strukturelle Angriffsvorbereitungen Russlands. Moskau halte sich an die 1994 mit der NATO geschlossene Vereinbarung, keine zusätzlichen substanziellen Kampftruppen in den Grenzregionen zu den baltischen Staaten zu stationieren. Und er sieht auch keine anderen Gründe, die Russland bewegen könnten, ein Mitglied der NATO, der stärksten Militärallianz der Welt, trotz der russischen regionalen militärischen Überlegenheit anzugreifen. Wolfgang Richter:

O-Ton Richter

„Russland ist der NATO ja insgesamt deutlich unterlegen. Es gibt zwar operative Vorteile aufgrund der unmittelbaren geografischen Nachbarschaft in der Region. Aber das würde nicht die eklatanten Nachteile eines globalen Bündnis-konflikts aufwiegen. Ein solcher Krieg ließe sich natürlich auch nicht regional begrenzen. Das heißt, Russland müsste mit einem globalen militärischen Konflikt rechnen, den es nicht gewinnen kann.“

Die russischen Militärausgaben belaufen sich laut Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI jährlich auf rund 60 Milliarden Dollar. Und sie sind in den vergangenen zwei Jahren sogar rückläufig gewesen. Allerdings sind offizielle Zahlen nicht in jedem Fall aussagekräftig und vergleichbar. Trotzdem: Allein die europäischen NATO-Staaten – also ohne die USA und Kanada – geben jährlich rund 280 Milliarden Dollar für das Militär aus.

Das US-Manöver Defender Europe 2020 kostet nach Angaben des Pentagon 340 Millionen US-Dollar. Die Bundeswehr wird sich mit 2.400 Soldaten an der Verlegung der US-Truppen und an gemeinsamen Übungen und Gefechts-schießen beteiligen. Kosten laut dem Bundesverteidigungsministerium: 2,3 Millionen Euro.

Zahlreiche Friedensgruppen haben zu Protesten gegen Defender 2020 aufgerufen. Sie sehen in der Übung ein gefährliches Säbelrasseln oder gar eine „Kriegsvorbereitung“. Die „Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner“ unterstützt solche gewaltfreien Aktionen. Deren Geschäftsführer Michael Schulze von Glaßer kritisiert auch die finanzielle Prioritätensetzung und hält die Ausgaben für Geldverschwendung:

O-Ton Schulze von Glaßer

„Ist denn dieser Konflikt mit Russland wirklich ein erhebliches Problem? Gibt es nicht andere Probleme, wo viel Geld benötigt wird? Stichwort Klimawandel. Geld kann man nur einmal ausgeben. Ist das nicht woanders sinnvoller eingesetzt?“

Manövergegner werden in den nächsten Tagen und Wochen in Deutschland gegen die Truppenbewegungen demonstrieren. Michael Schulze von Glaßer über das Ziel der Aktionen:

O-Ton Schulze von Glaßer

„Wir wollen ein deutliches Zeichen setzen, dass nicht alle Leute mit dieser Militärübung einverstanden sind. Unsere Forderung ist: keine Militärübung, sondern Gespräche mit Russland, mit den USA, mit allen Beteiligten, damit man mal anfängt, abzurüsten und nicht immer weiter aufzurüsten.“

Aus Sicht der NATO und der Bundesregierung ist die Großübung allerdings ein wichtiger Beitrag, um die Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses zu demonstrieren. In den vergangenen Jahren haben die USA jährlich durch Truppenrotationen rund 4.000 Soldaten ins Baltikum verlegt. Diese Größenordnung hält Wolfgang Richter von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ für ausreichend, um der Forderung nach einer militärischen Rückversicherung der östlichen NATO-Staaten gerecht zu werden. Der ehemalige Oberst glaubt, dass mit der diesjährigen Verfünfachung der verlegten Truppen die USA nicht nur das Ziel verfolgen, Russland von einem Angriff abzuschrecken.

O-Ton Richter

„Es ist auch die Demonstration amerikanischer Stärke, gerade im Verhältnis zu Polen, aber auch eine Demonstration im Verhältnis zu Westeuropa, wo es ja eher eine Zögerlichkeit gibt, militärische Macht einerseits zu verstärken oder gar anzuwenden. Das ist natürlich auf Deutschland gemünzt.“

Die US-Übung soll also einerseits Polen besänftigen. Denn Warschau strebt seit langem die Stationierung einer US-Division in Polen an, wozu die USA aber bislang nicht bereit sind. Andererseits sollen nach Ansicht von Wolfgang Richter durch Defender 2020 die Politiker in westeuropäischen NATO-Staaten unter Druck gesetzt werden, die eine „strategische Autonomie“ und eine eigenständige Rüstungskontrollpolitik der EU befürworten. Denn das wird in Washington eher kritisch gesehen.

In NATO-Dokumenten heißt es, das Bündnis setze gegenüber Russland sowohl auf Abschreckung als auch auf Dialog. Christian Mölling von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ hält das Verhältnis zwischen diesen Polen gegenwärtig für ausgewogen:

O-Ton Mölling

„Es gibt mehrere Versuche, auf Russland zuzugehen. Das Problem ist, dass Russland zurzeit eigentlich die Angebote nicht wahrnimmt. Deswegen ist man natürlich ein bisschen ratlos und kann wenig Fortschritte im Bereich des Dialogs eigentlich zeigen. Und das, was man selbst machen kann, das ist das, was im Bereich der Abschreckung da ist.“

Wolfgang Richter sieht die Verantwortung für eine mangelnde Bereitschaft zu Rüstungskontrollgesprächen allerdings bei der NATO:

O-Ton Richter

„Im Moment überwiegt ganz eindeutig der Gedanke der militärischen Abschreckung in Reaktion auf die Ereignisse in der Ukraine. Auf der anderen Seite sind noch nicht alle NATO-Staaten überzeugt, dass das Element der Deeskalation oder der Vertrauensbildung oder der Überwachung und Begrenzung von Übungstätigkeit etc. tatsächlich die Verteidigung und die Sicherheit stärkt.“

Polen und die baltischen NATO-Staaten wollten erst eine militärische Aufrüstung, bevor man eventuell Rüstungskontrollverhandlungen mit Russland beginnen. Und auch die Trump-Administration denke nicht an Rüstungskontrolle als Mittel, die Sicherheit zu verbessern, so der frühere Staboffizier Wolfgang Richter.

Der russische Außenminister Lawrow hat angekündigt, dass Moskau auf das US-Manöver Defender 2020 reagieren werde. Aber das solle geschehen, ohne – so wörtlich – „unnötige Risiken zu verursachen“. Zwischenfälle und gegenseitige Fehlwahrnehmungen bei den kommenden Militärübungen sollen also vermieden werden. Aber das Klima zwischen NATO und Moskau droht sich weiter zu verschlechtern, die gegenseitige Aufrüstung wird fortgesetzt. Denn die USA wollen das Großmanöver Defender künftig alle zwei Jahre in Europa durchführen.

Auch in Russland gibt es regelmäßig Großmanöver. Einige Experten sehen solche Übungen kritisch. Sie haben daher vorgeschlagen, die Anzahl von Großmanövern und die Zahl der beteiligten Soldaten in der möglichen Konfliktzone Baltikum zu begrenzen. Doch Gespräche über diese und andere Rüstungskontroll-Initiativen sind gegenwärtig nicht in Sicht.

* * *

Flocken

Soweit Jerry Sommer

Bei der Bundeswehr liegt weiterhin vieles im Argen. Die deutschen Streitkräfte fit zu machen für die Zukunft, ist weiterhin eine riesige Herausforderung. Die frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte diese Aufgabe ihrem Apparat allein offenbar nicht zugetraut. Sie setzte lieber auf externen Sachverstand. Die Folge: Teuer bezahlte Berater gaben sich bei der Bundeswehr die Klinke in die Hand. Der Bundesrechnungshof monierte nicht nur die hohen Kosten, sondern auch Verstöße gegen geltende Bestimmungen sowie mangelnde Transparenz. Die Folge war schließlich die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Seit mehr als einem Jahr arbeitet jetzt bereits das Gremium. Inzwischen wurden die letzten Zeugen angehört. Konnte der Untersuchungsausschuss Licht in das Dunkel der Affäre bringen? Kai Küstner ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Kai Küstner

Sie war nicht als Zeugin geladen. Sie hat die Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Berater-Affäre eher interessiert von außen verfolgt. Und sie hat sich Zeit gelassen. Doch Anfang des Monats sagte die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer dann jene Sätze, die unzweideutig als Kommentar gemeint waren zu der Praxis ihrer Vorgängerin, Ursula von der Leyen, sich jede Menge externe Berater ins Ministerium zu holen. Auf der Bundeswehrtagung erläuterte AKK den Generalen und Admiralen, wie sie selbst künftig eine Verbesserung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte zu erreichen gedenkt:

O-Ton Kramp-Karrenbauer

„Dahinter steckt der Gedanke, dass wir manches einfach selber machen müssen und es nicht der Industrie oder Externen überlassen können.“

Mehr selber machen – das ist das genaue Gegenteil des von der Leyen'schen Ansatzes. Damit nicht genug der Seitenhiebe: AKK stellte ein Sofortprogramm vor, mit dessen Hilfe nun erreicht werden soll, dass Helikopter wirklich abheben, Schiffe schwimmen und Panzer rollen können. Man sei besser geworden, so Kramp-Karrenbauer, aber:

O-Ton Kramp-Karrenbauer

„Das reicht noch nicht. Die Trendwenden sind eingeleitet, aber sie sind noch nicht so angekommen, wie sie das sein sollten.“

„Trendwende“ war auch eine der Lieblingsvokabeln Ursula von der Leyens gewesen in ihren fünfeinhalb Amtsjahren. Niemand zweifelt ernsthaft an, dass sie sich von edlen Absichten leiten ließ, als sie das Ministerium gründlich umkrempelte: Mithilfe eingekaufter Experten von außen sollte in Windeseile aus einer mangels Material gern verspotteten Truppe eine schlagkräftige Armee werden. Von der Leyens Problem: Das Heer externer Berater verselbständigte sich, führte, so der Vorwurf, irgendwann losgelöst jeglicher Kontrolle ein Eigenleben, schanzte sich gegenseitig Aufträge zu:

O-Ton Lindner

„Wir haben in den letzten 12 Monaten eine ganze Menge gelernt: Nicht nur über Rechtsverstöße bei der Beauftragung. Sondern auch, wie man eine Menge Steuergeld verpulvern kann. Indem man Beratungsunternehmen wie die Zauberlehrlinge daransetzt und hofft, es wird alles besser, aber die Projekte weder richtig beauftragt, noch vernünftig steuert, noch die Ergebnisse verwertet.“

So bilanziert der Grünen-Bundestagsabgeordnete Tobias Lindner 12 Monate Untersuchungsausschuss in der Berateraffäre. 12 Monate, in denen die Parlamentarier mehr als 40 Zeugen befragten, mehr als 4.000 Aktenordner durchforsteten. Nun ist die Frage: Hat sich die Mühe gelohnt?

Das hängt von den in den Ausschuss gesteckten Erwartungen ab. Wer gehofft hatte, dass irgendjemand strafrechtlich belangt werden würde, dürfte wohl enttäuscht werden.

O-Ton Strack-Zimmermann

„Wir sind kein Gericht. Der U-Ausschuss ist ein Tiger mit stumpfen Zähnen. Wir werden aber natürlich – bis Juni voraussichtlich – einen Bericht anfertigen. Dann kann die Staatsanwaltschaft der Sache nachgehen. Uns bleibt nur übrig, den Bericht abzugeben und zu sagen: Schaut, ob das etwas Relevantes drin ist.“

Erklärt die FDP-Obfrau im Ausschuss, Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Nun ist klar, dass die Bundesregierung und auch die Bundeswehr auf Beraterfirmen – gerade beim Thema Digitalisierung – auch künftig nicht werden verzichten

können. Doch hier habe man, sind sich die Abgeordneten im Ausschuss sicher, nun ein deutliches Warnschild an alle Beraterfirmen aufgestellt:

O-Ton Lindner

„Es gibt eine größere Sensibilität bei der Bundesregierung. Es beschweren sich genug Beratungsunternehmen bei mir, dass sie kaum noch an Aufträge aus dem öffentlichen Sektor herankämen, weil man so vorsichtig geworden sei. Aufgrund des Untersuchungsausschusses.“

Was die hochdotierten Berater im Verteidigungsministerium betrifft, so hat der Ausschuss im abgelaufenen Jahr das Geflecht persönlicher Beziehungen ziemlich präzise ausgeleuchtet. Und er hat auch zutage gefördert, welcher Auftrag gegen teilweise absurde Summen wann an wen vergeben wurde. In jedem Fall jedoch eindeutig zu klären, wer für welchen Schritt persönlich verantwortlich war, damit tat sich das Gremium schwer:

O-Ton Strack-Zimmermann

„Ich habe noch nie erlebt, dass bei 41 Zeugen ungefähr 38 schweren Gedächtnisschwund haben. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sagen: Das muss ein Virus sein, der hier durch den Bundestag geht.“

So eine enttäuschte FDP-Politikerin Strack-Zimmermann. Insbesondere die als Schlüsselzeugin gehandelte Katrin Suder, die ehemalige Rüstungs-Staatssekretärin, die zuvor bei McKinsey gearbeitet hatte, frustrierte die Abgeordneten mit ihrem Standardsatz: „Daran habe ich keine Erinnerung.“ Vielleicht lag es daran, dass die Parlamentarier dann bei der Befragung ihrer letzten und prominentesten Zeugin fast schon ermattet wirkten – bei der Vernehmung Ursula von der Leyens am 13. Februar. Ja, es hat Fehler gegeben. So der Tenor von der Leyens zu der regelwidrigen Vergabe von Millionenaufträgen an externe Berater. Das allerdings hatte die heutige EU-Kommissionschefin auch schon Ende 2018 zugegeben, als sie sagte:

O-Ton von der Leyen

„Es hat Vergaberechtsverstöße gegeben. So etwas darf nicht vorkommen. Wir haben, um das abzustellen, im Ministerium inzwischen Vorsorge getroffen, neue Strukturen und Prozesse festgelegt, die ein Vier-Augen-Prinzip und Regelschleifen einziehen, die sicherstellen, dass die Qualität der Vergabe für diese Beratungsleistung steigt.“

Bei sich persönlich will von der Leyen die Schuld eher nicht verortet sehen. Vieles von dem, was schiefgelaufen sei, habe sich weit unter ihrer Ebene abgespielt, ließ die Ex-Ministerin die Abgeordneten wissen. Konzentriert und ganz vorne auf ihrer Stuhlkante sitzend ließ sie in ihrer fast fünfstündigen Vernehmung einen Vorwurf nach dem anderen abtropfen:

O-Ton Höhn

„An Frau von der Leyen bleibt ja nichts haften, hat man manchmal den Eindruck. Das war schon in ihrer Zeit als Ministerin so, wenn ich an die Gorch Fock denke und andere Dinge. Da ist sie einfach tapfer immer weitergelaufen. Jetzt ist sie wegbefördert nach Brüssel. Insofern ist sie wohl auch ohne Sorge hierher gekommen und hat sich gedacht: ‚Na gut, der Tag geht auch vorbei.‘ Da bleibt nichts hängen. Leider muss man sagen.“

Befand anschließend der Linken-Abgeordnete Matthias Höhn. Auch bei der Geschichte mit ihren Diensttelefonen entglitt die Ex-Ministerin ihren Fragestellern: Die beiden Blackberrys, die sie in den entscheidenden Monaten nutzte, wurden nach ihrer Rückgabe in den Urzustand versetzt, sprich: alle Daten gelöscht. Und das, obwohl die zum Zeitpunkt der Grundreinigung bereits als Beweismittel angefragt waren. Mehr als heikel. Doch wer will nun Frau von der Leyen das Gegenteil beweisen, die seelenruhig verkündete, sie benutze ihr Handy in erster Linie zum Telefonieren. Die Botschaft: Interessante Daten gab es nicht.

O-Ton Rohde

„Frau von der Leyen hat ihre Teflon-Beschichtung herausgeholt – an ihr prallte alles ab. Ich konnte nicht den Willen erkennen, dass man aufklären will, dass man Verantwortung übernehmen will. Wir haben sie vernommen, aber für die Sachaufklärung hat es jetzt nichts gebracht.“

Bilanziert der SPD-Abgeordnete Dennis Rohde. Ebenfalls zur Teflon-Taktik dürfte gehört haben, dass die Ex-Ministerin an jenem Tag Kameras jeglicher Art mied. Bloß nicht zu viele Bilder, die sie mit diesem Ausschuss in Verbindung bringen können. Denn was bleibt, ist die Gefahr, dass der Eintrag in die Geschichtsbücher für Ursula von der Leyen nicht gar so makellos ausfällt, wie sie sich das wünschen würde. Weil der Vorwurf nicht entkräftet ist, sie habe zeitweise die Kontrolle über die Vorgänge in ihrem Ministerium verloren. Auch wenn sie sich also im fernen Brüssel als Kommissionschefin nun mit der Zu-

kunft der EU befasst, dürfte dieser Ausflug in ihre Vergangenheit keiner sein, an den sie sich gern zurückerinnert.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Kai Küstner.

Die rund 90 Tornado-Kampfflugzeuge der Bundeswehr sind in die Jahre gekommen. Der Unterhalt wird immer teurer. Ersatzteile sind rar. Deshalb sind andere Tornado-Betreiber bereits dabei, diese Maschine auszumustern und zu ersetzen. Bei der Luftwaffe verläuft dieser Prozess dagegen deutlich langsamer. Bis heute ist unklar, welche Maschine auf den Tornado folgen soll. Dabei wollte das Verteidigungsministerium bereits vor einiger Zeit eine Entscheidung fällen. Dazu ist es dann allerdings doch nicht gekommen. Warum ist die Entscheidung über die Tornado-Nachfolge so schwierig? Björn Müller weiß mehr:

Manuskript Björn Müller

Der Ersatz des rund 40 Jahre alten Kampffjets Tornado ist für das Verteidigungsministerium eine äußerst komplexe und heikle Rüstungsentscheidung. Denn die Luftwaffe nutzt den Tornado für zahlreiche Aufgaben: als Jagdbomber, Aufklärer und Zerstörer der gegnerischen Flugabwehr. Hinzu kommt eine politisch sensible Sonderaufgabe im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe. Der Tornado ist das Trägerflugzeug für taktische B-61 US-Atombomben. Außerdem soll der Tornado-Nachfolger militärisch noch mehr können als die bisherige Maschine. Deutschland hat der NATO zugesagt, ab Mitte der Dekade Flugzeuge zu stellen, die zur elektronischen Kampfführung auf höchstem Niveau in der Lage sind.

Ende vergangenen Jahres äußerte sich Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zum aktuellen Zeitplan für die Tornado-Nachfolge:

O-Ton Kramp-Karrenbauer

„In Ausrüstungsfragen muss man immer sehr früh die Dinge auf den Weg

bringen, damit das nahtlos ineinander übergeht, und man nicht irgendwann in der Zeit steckt, wo man entweder gar nichts hat oder das alte zu unglaublich teuren Preisen erhalten muss. Und das sind so Fragen, wo es ganz vorrangig wird. Und die Tornado-Nachfolge ist deshalb eine, die aus meiner Sicht im ersten Quartal 2020 entschieden werden muss.“

Allerdings kann von einer frühen Entscheidung keine Rede sein. Der Tornado wurde Anfang der 1980er Jahre in der Bundeswehr eingeführt. Die Politik hat jahrelang die Zeit nicht genutzt, sich ernsthaft mit Nachfolgelösungen zu befassen. Erst unter Kramp-Karrenbauers Amtsvorgängerin Ursula von der Leyen begann 2017 ein Auswahlprozess mit dem Ziel, ab 2025 den Tornado außer Dienst zu stellen und einen neuen Kampffjet einzuführen. Alle Aufgaben des Tornados sollen „bruchlos“ fortgeführt werden, so war zu hören. Angesichts der Komplexität der Tornado-Nachfolge ein ambitionierter Zeitplan, der auch prompt ins Stocken geriet. Bis Ende 2018 wollte eigentlich noch Verteidigungsministerin von Leyen die Tornado-Nachfolge regeln. Doch daraus wurde nichts. Vor allem, weil die Regierungspartei SPD gespalten ist in Befürworter und Gegner der nuklearen Teilhabe. Das Ministerium hat sich daher vor einiger Zeit lediglich festgelegt, das neue F-35-Kampfflugzeug der USA nicht zu beschaffen. Frankreich hatte gegen die F-35 Front gemacht. Die Befürchtung in Paris: Kauft Deutschland die F-35, geht dem gerade angelaufenen französisch-deutschen Groß-Rüstungsprojekt Future Combat Air System – kurz FCAS – das Geld aus. Mit FCAS – einem Luftkampfsystem aus Jets und Drohnen – zielen Frankreich und Deutschland auf eine schlagkräftige Luftwaffe der Zukunft ab 2040. Das Verteidigungsministerium sieht als Tornado-Nachfolger den eingeführten Eurofighter oder eine US-Maschine vom Typ F-18.

Mit einem Vorschlag, der das politische Entscheidungsproblem bei der nuklearen Teilhabe umschiffen soll, wirbt Airbus für sein Kampfflugzeug Eurofighter. Wolfgang Gammel – bei Airbus Leiter Vertrieb Kampfflugzeuge – gegenüber NDR Info:

O-Ton Gammel

„Sollte es momentan nicht möglich sein, sich zum Thema nukleare Teilhabe weiterhin zu positionieren, sind wir der Meinung, wir können den Tornado nur für diese spezielle Rolle noch entsprechend weiterfliegen; und zügig alle

konventionellen Rollen des Tornados in den Eurofighter übernehmen. Wir haben damit auf der anderen Seite auch die Möglichkeit, das Thema nukleare Teilhabe auszugrenzen. Wir gewinnen Zeit. Und sollten sich dann die politischen Mehrheitsverhältnisse ändern oder andere Sichtweisen kommen, dann kann man immer noch die Zertifizierung des Eurofighters weiterführen Richtung nukleare Teilhabe oder sich dann für andere Optionen umschaun.“

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wird der Eurofighter bei der Prüfung der Tornado-Nachfolge „prioritär“ betrachtet.

Airbus gibt an, den Eurofighter bis 2026 so ausrüsten zu können, dass er den Tornado für die elektronische Kampfführung ersetzen könnte. Über einen am Rumpf angebrachten sogenannten Störsender-Pod soll der Eurofighter zudem Kampfeigenschaften erhalten, die über die des Tornados hinausgehen. Zum Beispiel beim Escort-Jamming – d.h. Kampfflugzeuge mit Störsendern begleiten andere Kampffjets und schirmen diese ab gegen die Ortung durch die feindliche Flugabwehr.

Die Umrüstung des Eurofighters für den elektronischen Kampf wäre kein leichtes Unterfangen. Das zeigen die Konkurrenten um die Tornado-Nachfolge – die US-amerikanische F-18 Super Hornet und deren Spezialversion für die elektronische Kampfführung, die F-18 Growler – meint Georg Mader, Fachjournalist für Luftwaffenrüstung bei der Jane's Information Group in Wien.

O-Ton Mader

„Das technische Know-How, die Kompetenz ist sicher in Europa genauso vorhanden wie in Amerika. Aber es ist natürlich in Amerika ein jahrelang verfolgtes Konzept / Es ist ein Einsatzkonzept mit einem Bündel von Fähigkeiten, wo am Ende der Fertigungsstraße aus der Super Hornet schließlich die Growler werden. Dort werden 300 zusätzliche Leitungsbündel in die Flugzeugzelle für diese Sonderrolle eingebaut. Und die versorgen bzw. verbinden die 66 Antennen und Sensoren.“

Die deutsche Luftwaffe hat seit Beginn des Auswahlprozesses deutlich gemacht, dass sie den Tornado rasch loswerden will. Eine rechtzeitige Umrüstung des Eurofighters zum Tornado-Nachfolger hat die Führung nie ernsthaft erwogen.

Luftwaffeninspekteur Ingo Gerhartz hat klar seine Präferenz für die bereits

verfügbare F-18 Growler vom US-Hersteller Boeing erkennen lassen. Bemerkenswert ist außerdem: Noch 2014 präsentierte die Luftwaffe der Öffentlichkeit den Tornado als zukunftsfähiges Mehrzweckkampfflugzeug, in das sie weiter investieren wolle. Eine konsequente Rüstungsplanung, um den Eurofighter in Tornado-Aufgaben hineinwachsen zu lassen, hat die Luftwaffe jedoch unterlassen. Dass dies durchaus möglich und sinnvoll ist, hat die Royal Airforce gezeigt.

Die Briten haben ihren zunächst als reinen Abfangjäger ausgelieferten Eurofighter ab 2016 innerhalb von drei Jahren befähigt, auch die Jagdbomber-Aufgabe des Tornados zu übernehmen. Aus Sicht der Luftwaffe ist es jedoch wichtig, über zumindest zwei verschiedene Typen von Kampffjets zu verfügen. Ein Sprecher der Luftwaffe gegenüber NDR Info:

Zitat Sprecher Luftwaffe

„Der parallele Betrieb zweier Kampfflugzeugmuster bietet Vorteile im Bereich der operationellen Flexibilität und mindert das Risiko von Verfügbarkeits-einbrüchen bei technischen Problemen eines Flugzeugmodells.“

Bei der Tornado-Nachfolge für die nichtnuklearen Aufgaben zeigt sich ebenfalls die schlechte Planung und Abstimmung zwischen Militär und Politik. Die Luftwaffe stellte die eigenen militärischen Interessen in den Mittelpunkt – der Bundesregierung geht es vor allem um eine europäische Lösung, wenn es um Beschaffungsvorhaben geht.

Bei der Frage, welches Kampfflugzeug künftig in der Lage ist, US-Atomwaffen zu tragen, ist die Situation inzwischen extrem schwierig geworden. So sieht es jedenfalls Kingston Reif – Rüstungsexperte der Arms Control Association in Washington:

O-Ton Reif (Voiceover)

„Ich denke, ein Problem, eine Falle für die Deutschen ist das Auslaufen des New-Start Vertrages über strategische Waffen von 2010. Es ist das letzte verbliebene Abrüstungsabkommen zu Nuklearwaffen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland und es wird im Februar 2021 auslaufen. Also im kommenden Jahr. Die deutsche Regierung hat deutlich gemacht, dass sie die Verlängerung des Abkommens sehr befürwortet. Die Russen haben angeboten, es ohne Vorbedingungen zu verlängern; die Regierung Trump ist jedoch noch

unschlüssig. Falls sich die USA entschließen, das Abkommen nicht zu erneuern, würde das den Streit um die Tornado-Nachfolge erst recht verschärfen.“

Die Tornado-Nachfolge ist also mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Ob vor diesem Hintergrund die Entscheidung im Verteidigungsministerium wirklich bis Ende März gefällt wird, ist daher keineswegs sicher. Es wäre nicht das erste Mal, dass wichtige Beschlüsse trotz anderslautender Ankündigungen letztlich dann doch verschoben werden.

* * *

Flocken

Soweit der Bericht von Björn Müller.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder auf unserer Internetseite unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.